

Zu Punkt **6.1**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
24.11.2022



ANTRAG des ÖWB
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich am 24. November 2022

3. Nov. 2022

Sichere Energieversorgung – Jetzt Vorsorge treffen

Österreich steht aktuell vor wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, welche es seit den 1970er Jahren nicht mehr gegeben hat. Die stark **gestiegenen Energie- und Lebenserhaltungskosten** treiben die Inflation an und beides erfordert große Anstrengungen von den heimischen Betrieben, um weiterhin erfolgreich wirtschaften zu können.

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die auch aufgrund der Sanktionen stark gestiegenen Energiepreise haben unsere Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen deutlich aufgezeigt. Nur durch den raschen Ausbau erneuerbarer Energieträger wird es uns gelingen diese Abhängigkeit zu reduzieren. **Klimaschutz, Umweltschutz und Nachhaltigkeit sind gesamt-gesellschaftliche Aufgaben**, nur durch Bemühungen aller kann die Energiewende gelingen. Unternehmer müssen als Teil der Lösung dabei immer mitgedacht werden.

Da die fokussierte Umstellung auf erneuerbare, CO₂-freie Energieträger mit dem bestehenden Netz nicht zu schaffen ist, fordern wir einen konsequenten **Ausbau der Netzkapazitäten**. „Zukunftsprojekte“ dürfen nicht mehrere Jahre in Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren hängen bleiben. Sie müssen jetzt umgesetzt werden, um die Energiewende schnellstmöglich zu schaffen. Für dieses Ziel bedarf es einer **Aussetzung von UVP-Verfahren** bei erneuerbaren Projekten.

Die Regierung hat bereits erste Maßnahmen gesetzt, um Entlastungen für Unternehmen zu schaffen. Diese Entlastungen gehen jedoch noch nicht weit genug. Um die stark gestiegenen Energiepreise besser abzufedern, müssen weitere Maßnahmen gesetzt werden, wie beispielsweise eine **Energiepreisbremse für KMU**. Deutschland hat hier die Vorreiterrolle eingenommen und sein bereits bestehendes Energieentlastungsprogramm stark ausgeweitet. Dezember 2022 wird es eine Einmalzahlung für alle Unternehmen geben und ab 2023 wird eine Gas- und Wärmepreisbremse mit einem bestimmten Bruttopreis/kWh für Unternehmen und Haushalte eingeführt. Für KMU soll es auch eine Strompreisbremse geben. Solch eine Energiepreisbremse muss auch in Österreich dringend umgesetzt werden, um die Unternehmen zielgerichtet zu entlasten.

Um den Anstieg der Netzgebühren im Jahr 2023 abzufedern wird Deutschland die Netzentgelte mit 13 Mrd. EUR bezuschussen. Ein ähnlicher Mechanismus sollte in Österreich auch eingeführt werden.

Ebenso müssen Abgaben, wie die **CO₂-Steuer reduziert** werden, solange die Preise für fossile Brennstoffe über dem durch die Ökosteuerreform definierten Preispfad liegen.

Konkret fordern wir eine **Aussetzung der Erhöhung der CO₂-Steuer**, wenn der jährliche Energiepreisindex um mehr als 25 Prozent steigt.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichnenden Delegierten daher folgenden

ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Österreich wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, die Energiewende in Österreich voranzutreiben und verstärkt Vorbereitungen für den Winter zu treffen, insbesondere durch

- **Bewusstsein** für die **positive Rolle der Wirtschaft** für Umwelt- und Klimaschutz sowie für die **ökonomischen Aspekte der Nachhaltigkeit** zu schaffen,
- Investitionen in den **Netzausbau zu forcieren**, um den Umstieg auf nachhaltige Energiequellen zu schaffen,
- **Umweltverträglichkeitsprüfungen** bei nachhaltigen Infrastruktur- und Energieprojekten **aussetzen**, um die Energiewende schnellstmöglich zu verwirklichen,
- Entwicklung einer **Strategie und legislativen Rahmen für den Import von erneuerbaren Energien** mit besonderem Fokus auf klimaneutralen Wasserstoff und E-Fuels.
- die bestehenden **Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen** zur Bewältigung der Energiekrise **ausweiten**, insbesondere mit Hinsicht auf KMU,
- die **Strompreisbremse** nach deutschem Vorbild zu einer **Energiepreisbremse** für alle Haushalte und **Unternehmen auszuweiten**, um unbürokratische und schnelle Entlastungen zu garantieren,
- Abfederung des **Anstiegs der Netzgebühren** für das Jahr 2023 durch **finanzielle Zuschüsse**,
- Aussetzen der Erhöhung der **CO₂-Steuer**, um während der Energiekrise zusätzliche Belastungen zu vermeiden.



Jürgen Mandl, MBA
Präsident, WK K



KRⁱⁿ R. Scheichelbauer-Schuster
Obfrau, Bundessparte G & H



Mag. Alexander Klacska
Obmann, Bundessparte T & V